

Beschluss der Grünen Rechtsextremismuskommission

Dem Hass und rechten Terror in Deutschland entgegentreten

Der rechte Terror in Deutschland ist auf dem Vormarsch: Neonazis und Rassisten organisieren und radikalieren sich zunehmend. Fast täglich werden in Deutschland Flüchtlingsunterkünfte angezündet. Menschen werden immer öfter Opfer rechter und rassistischer Gewalt. Engagierte Bürger*innen, Helfer*innen, Journalist*innen und Politiker*innen, die sich gegen Rassismus und rechte Gewalt einsetzen, werden bedroht und angegriffen, es werden Anschläge auf ihr Eigentum und von ihnen genutzte Räume verübt.

Die rechte Mobilisierung und Gewalteskalation gegen Geflüchtete und ihre Unterstützer*innen ist offensichtlich und trotzdem besteht die Gefahr, dass der rechte Terror von den Behörden weiter unterschätzt und nicht gezielt bekämpft wird. Während in zahlreichen NSU-Untersuchungsausschüssen in Bund und Ländern aufgeklärt werden soll, wie ein rechtsradikales Terrornetzwerk in den 1990ern Morde, Anschläge und Überfälle begehen konnte, ohne dass der Verfassungsschutz oder die Polizeibehörden Alarm geschlagen haben, sind derzeit 372 Rechtsextreme mit Haftbefehl gesuchte abgetaucht.

Rechter Terror und ihre geistigen Brandstifter sind eine Bedrohung für unsere offene Gesellschaft und Demokratie. Es geht darum Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Deutschland zu verteidigen. Dafür müssen die demokratischen Parteien zusammen mit der Zivilgesellschaft den braunen Terror konsequent bekämpfen und PEGIDA und die AfD als seine Stichwortgeber entlarven. Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt schürt die AfD Hass, Angst und Ressentiments gegen Geflüchtete. Besonders erschrecken die zweistelligen Umfrageergebnisse für die AfD in Sachsen-Anhalt, die hier mit einem völkisch-nationalistischem Programm wirbt. Als GRÜNE stellen wir uns dem Hass überall entgegen.

Wer in einer friedlichen und sicheren Gesellschaft leben will, muss denjenigen aktiv widersprechen, die mit Ihren Worten, die Taten des braunen Terrors legitimieren

oder gar befördern: Informieren, vernetzen und aufklären sind für alle Bürgerinnen und Bürger, die etwas gegen die Zunahme rechter Gewalt in unserer Gesellschaft tun wollen, wichtige Schritte. Es darf keine Toleranz bei Intoleranz geben. Mit guten Argumenten und dem stetigen Widerspruch im Alltag kann jede und jeder von uns dazu beitragen, dass dem braunen Terror der Nährboden entzogen wird. Die beste Antwort auf die rechte und rassistische Gesinnung ist eine weltoffene Grundeinstellung und ein Umgang, bei dem jedem Menschen vorurteilsfrei und hilfsbereit begegnet wird. Menschlichkeit statt Hass ist das Gebot der Stunde für alle demokratischen Kräfte.

Wir fordern alle demokratischen Parteien und die zuständigen staatlichen Akteure und Institutionen auf, sich gegen rechte Gewalt und Hetze einzusetzen statt rassistischen Hetzern nach dem Mund zu reden. Von Bundes- und Landesregierungen erwarten wir Folgendes:

- Unterkünfte für Geflüchtete schützen
- Anschläge auf Unterkünfte für Geflüchtete aufklären und strafrechtlich verfolgen
- Hetze und Hass im Internet verfolgen
- Konsequenzen aus der NSU-Aufklärung beim Verfassungsschutz und den Ermittlungsbehörden ziehen
- Rechte und rassistische Gewalttaten konsequent als solche klassifizieren und entsprechend verfolgen
- Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus aufrechterhalten
- Aufstockung der Mittel für zivilgesellschaftliche Initiativen im Kampf gegen Rassismus und rechte Gewalt
- Aus- und Weiterbildungen zum Umgang mit Rassismus in Bildungseinrichtungen, staatlichen Behörden und Verwaltungen
- Stärkung und finanzielle Aufstockung von Beratungsstellen für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt
- Institutionellen Rassismus aufdecken und bekämpfen
- Ausreichend Polizistinnen und Polizisten – auch mit Migrationshintergrund – und Stärkung interkultureller Kompetenzen